



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/VIII/292 - 16.12.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Bonn ist nicht ganz Deutschland	S. 1
Internationale Aspekte der Atomenergie	S. 3
Die Rolle der Opposition in NRW	S. 5
Dr. Fr. <u>Wenzel</u> , MdB: Weihnachten 1953	S. 6

Alarmierender Kanzler-Vorstoß

(ap) Die Auseinandersetzung um den besten Weg, der zu einem Zusammenschluß des gespaltenen Deutschlands führt, ist in den letzten Tagen wieder auf eine sehr gefährliche Ebene geschoben worden. Der Kanzler hat sich in einer wohlvorbereiteten Erklärung dafür ausgesprochen, daß eine künftige Nationalversammlung, hervorgegangen aus freien Wahlen, nicht die Befugnis haben solle, aus sich heraus eine dem Parlament verantwortliche, mit der Kraft der Exekutive ausgestattete gesamtdeutsche Regierung zu bilden. Die Nationalversammlung dürfe sich ausschließlich mit der Ausarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung beschäftigen, in der Zwischenzeit sollten Bonn und Pankow nebeneinander bestehen bleiben. Damit kommt der Bundeskanzler in eine bedenkliche Nähe zu der Auffassung Ulbrichts, der auch nach freien Wahlen im politischen Spiel bleiben möchte und deshalb für einen Fortbestand des Sowjetzonenregimes wirbt.

Solchen Tendenzen muß man mit aller Entschiedenheit entgegen-treten. Hier wird von der maßgebendsten Stelle der Bundesrepublik versucht, einstimmig gefaßte und zum Gesetz gewordene Beschlüsse des ersten deutschen Bundestages zu sabotieren. An der entscheidenden Stelle des für freie Wahlen in ganz Deutschland vorgesehenen

Gesetzes heißt es in Art. 4:

- "1. Die Nationalversammlung beschließt die Verfassung.
2. Sie hat diejenige Gewalt, die erforderlich ist, um bis zum Inkrafttreten der gesamtdeutschen Verfassung die freiheitliche, rechtsstaatliche, demokratische und föderative Ordnung herbeizuführen und zu sichern".

Mit anderen Worten heißt das, daß eine aus solchen Wahlen hervorgegangene und von der Nationalversammlung demokratisch gebildete und ihr verantwortliche Regierung an die Stelle von Bonn und Lankow tritt. Inwieweit diese künftige deutsche Regierung das Grundgesetz oder Teile davon bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung als verbindlich für ganz Deutschland erklärt (oder, theoretisch, auch die formell demokratische Verfassung der DDR bzw. Teile von ihr, die freilich bisher niemals angewandt worden ist), übernimmt, ist allein ihre Angelegenheit. Deshalb ist auch der Hinweis des Bundeskanzlers auf den Art. 146 des Grundgesetzes, der nach seiner Auffassung verletzt werden würde, wenn man vom Grundgesetz abgehen würde, bevor eine neue gesamtdeutsche Verfassung gegeben ist, abwegig. Denn es besteht gar nicht die Notwendigkeit, das Grundgesetz aufzugeben, solange die neue gesamtdeutsche Regierung auch ohne eine neue gesamtdeutsche Verfassung sich an die rechtsstaatliche Ordnung und ihre Grundbegriffe hält.

Sache einer solchen Regierung wäre es, eine Fülle von praktischen Schritten innen- und außenpolitischer Art zu unternehmen, von denen auf dem Gebiete der Wirtschaft-, Finanz- oder Sozialpolitik z.B. nach der Meinung des seit Jahren tätigen Forschungsrates viele möglichst vom Tage des Bestehens dieser Regierung an getan werden müßten.

In der Praxis würde die Annahme der Adenauerschen These bedeuten, daß auch nach den freien Wahlen für unabsehbare Zeit - erfahrungsgemäß dauert die Ausarbeitung einer Verfassung oft viele Jahre - der Zustand der Spaltung Deutschlands und des kommunistischen Terrors in der Sowjetzone anhielten. Das wäre für die 18 Millionen in der Sowjetzone eine grausame Enttäuschung und das Ende ihrer Hoffnung, durch den Stimmsattel ihre politische Knechtschaft beenden zu können. Der Sinn des Vorstoßes des Kanzlers aber liegt offenbar darin, daß die endgültige, unwiderrufliche Veränderung der Bundesrepublik im militärischen System des Westens vor jeder anderen Möglichkeit, auch der einer Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Verhandlungswege, Vorrang besitzen soll. Damit ist dem Wort des Kanzlers, er hoffe auf einen Erfolg der Vierer-Konferenz, viel an Überzeugungskraft genommen.

Neue Perspektiven für Atomkontrolle und Atomkrieg

H.S.-New York, Mitte Dezember

Es läßt sich nicht leugnen, daß Eisenhowers dramatisches Auftreten vor der Generalversammlung der "Vereinten Nationen", einen Tag vor ihrem Sessionsende, und seine höchst geschickte und staatsmännische Rede politisch eine neue Lage geschaffen hat. Der Präsident der Vereinigten Staaten sprach mit großem Ernst, großer Offenheit und großem Verantwortungsbewußtsein - und auch sein schärfster Gegner wird nicht behaupten, daß er "geblufft" hat. Seine Ausführungen erhielten dadurch noch zusätzliches Gewicht, daß er gleichsam im Auftrag und mit der Billigung der Engländer und Franzosen sprach, also als Sprecher der - in dieser Frage geeinten - westlichen "Großen Drei". Und wer, auch unter Amerikas Freunden in der Welt, letzthin oftmals feststellen mußte, daß die USA ihre ihnen nun einmal zugefallene Führungsrolle nur ungenügend und unbefriedigend ausfüllt, kann jetzt diesen Eindruck mit gutem Gewissen revidieren: Präsident Eisenhower hat sich jetzt, eigentlich zum ersten Male seit Amtsantritt, seiner großen Aufgabe vollauf, mit Klarheit und Entschlossenheit, entledigt. Nicht zu übersehen ist, daß er damit auch zugleich innenpolitisch seine schwankend gewordene Position wieder gefestigt hat.

Zur Sache selber ist zu sagen, daß Eisenhower mit seinem Vorschlag, eine bescheidene internationale Atomenergie-Agentur ins Leben zu rufen, die seit Jahren abgestorbene Diskussion über internationale Kontrolle der Atomenergie neu belebt hat. Seit vier Jahren war der amerikanische Plan, alle atomischen Rohstoffe, Fabriken, Laboratorien und atomenergiehaltigen Fertigprodukte, vor allem auch Waffen, einer internationalen Kontroll- und Inspektionsorganisation zu unterstellen, am russischen Widerspruch gescheitert, weil Moskau keine fremden Inspektoren in seinen Atomfabriken dulden wollte. Jetzt schlägt Eisenhower vor, die großen Probleme der Produktion von Atomwaffen zunächst einmal beiseite zu lassen und ganz bescheiden zu beginnen: Kleinere Mengen von Uranium und anderen atomhaltigen Rohstoffen

sollen der neuen "internationalen Agentur" übergeben werden, damit diese wissenschaftliche Forschung, friedliche Laboratoriumsarbeit oder auch Erzeugung industriellen Kraftstroms in energiearmen Regionen (z.B. den arabischen Ländern oder Zentralafrika) damit betreiben könnte. Die Gefahr atomischer Kriege ist damit nicht gebannt - aber die Debatte wird neu aufgerollt, neue Verhandlungswege eröffnen sich, ein kleiner Anfang zur "Entnationalisierung" des Atoms wäre geschaffen - und somit enthält dieser neue amerikanische Plan in der Tat einen gesunden Kern, der zu Hoffnungen Anlaß gibt.

Bemerkenswerterweise war die ganze Rede von großer Käsigung und geradezu entgegenkommender Zurückhaltung in Bezug auf die Sowjetregierung erfüllt. Mit Recht hat man darin eine Bereitschaft zum Gespräch und zum gemeinsamen Suchen nach einem "modus vivendi" erblickt - was man von amerikanischer Seite lange nicht gehört hat, und was sich wohl auch nur ein Eisenhower erlauben durfte, weil ein Politiker mit geringerem Ansehen sogleich von den republikanischen Extremisten als "Versöhnler" und "Kapitulant" attackiert worden würde.

Die ersten Reaktionen Moskaus waren reichlich gemischt; es sieht aus, als ob man im Kreml auf eine solche Initiative Eisenhowers nicht gefaßt gewesen war und daher erst einmal eine Atempause brauchte, bis man auf eine Antwort sinnen konnte. Diese Antwort muß nun in keiner Weise endgültig sein; es liegen viele Beispiele vor, daß ein konzessionsbereiter Kreml sich am nächsten Tag wieder versteifte, oder daß ein scheinbar unerbittlicher Kreml am folgenden Tag in freundlichster Weise Einigung über konkrete Teilfragen ermöglichte - und ähnliches kann auch jetzt wieder bevorstehen. Eisenhower hat in Klarheit und Schärfe, ohne "Appeasements"-Versuche und ohne provokatorische Demagogie, ein konkretes Programm ausgearbeitet, das schüchterne kleine Schritte zur Entspannung der Weltlage offeriert. Dafür muß man ihm dankbar sein - auch wenn im Wirbel der Geschschnisse die Wirkungen dieses Schrittes nicht den Erwartungen entsprechen sollten, die man heute hegt.

+ + +

Arnold und die Opposition

gs - Düsseldorf

Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, hat kürzlich auf dem CDU-Landesparteitag die aufschlußreiche Bemerkung gemacht, man könne mit Genugtuung feststellen, daß die CDU in keinem ihm bekannten Falle der "naheliegenden Versuchung erlegen sei, die Verantwortung zu scheuen und Zuflucht in der Opposition zu suchen".

Das ist eine sehr seltsame Auffassung vom Wesen und der Aufgabenstellung einer Opposition, doppelt merkwürdig für den Ministerpräsidenten eines Landes der Bundesrepublik. Hier ist man offenbar einer anderen Versuchung erlegen, die freilich nur für Feinde der Demokratie naheliegen sollte: Eine unerlässlich notwendige Funktion der parlamentarischen Demokratie von vornherein in Mißkredit zu bringen. Gerade bei den Verhältnissen in Nordrhein-Westfalen hätte eine solche Bemerkung für den Ministerpräsidenten unmöglich sein sollen.

Denn Karl Arnold müßte eigentlich auch an die Opposition in den eigenen Reihen denken, nicht nur an die stets loyale und in ihrer Funktion sehr wirksam mitarbeitende Sozialdemokratie. Die Delegierten der Landespartei der CDU haben kürzlich in Essen einen recht wachen Sinn für die politischen Gegebenheiten und Notwendigkeiten in ihrem Lande bewiesen, als sie z.B. mehr Arbeitnehmervertreter für den erweiterten Parteivorstand verlangten. Die soziale Fassade der Regierung in Düsseldorf hat in letzter Zeit immer mehr von ihrem Ansehen verloren, das beginnt man sogar, wie sich zeigt, in der CDU einzusehen.

Von der grundsätzlichen Unmöglichkeit abgesehen, die staatspolitisch notwendige Einrichtung der Opposition an sich in schlechten Geruch zu bringen, ist auch darauf hinzuweisen, daß gerade die Opposition Nordrhein-Westfalen, die offene der SPD und die kaum noch getarnte in manchen Kreisen seiner eigenen Partei, ihn davor bewahrt, von den radikalen Leuten seiner eigenen Regierung, wie in den maßgebenden Wirtschaftskreisen Nordrhein-Westfalens vollends an die Wand gedrückt zu werden.

+ + +

Fest der Liebe und des Friedens

Von Pfarrer a.D. Dozent Lic. Dr. Fritz Wenzel, MdB

Wenn die Weihnachtskerzen angesteckt sind, dann beginnt die schönste Zeit im Jahre, die Zeit der Lichter und der Lieder. Es gibt wohl kaum jemanden, den diese Zeit der Freude unberührt läßt. Jeder von uns sollte - soweit er an seinem Teile dazu beitragen kann - mithelfen, anderen Menschen, die von den Sorgen und Lasten des Lebens besonders gezeichnet sind, Freude zu bereiten. Wir brauchen alle solche Zeiten im Leben, wo mit der Besinnlichkeit und der Erinnerung an vergangene Tage uns Freude, Geborgenheit und innere Wärme erfüllen.

Damit soll aber nicht etwa einer Meinung Vorschub geleistet werden, die ja leider weithin verbreitet ist, als wäre nur die Weihnachtszeit zum Freudemachen bestimmt, während die übrige Zeit des Jahres für alle die schönen Gedanken und Gefühle, die im letzten Monat des Jahres wach und lebendig werden, keine Zeit und keinen Raum hat. Gerade diejenigen, die als Sozialisten den Kampf um die Verwirklichung der Menschlichkeit in der Politik und der Gerechtigkeit für alle in der Wirtschaft kämpfen, wissen, daß jeder Tag und jede Stunde unseres Lebens danach schreien, daß die Grundgedanken der christlichen Weihnachtsbotschaft in der Realität des Alltags Verwirklichung finden. Eben gerade darum trifft den Sozialisten die Botschaft dieses Festes in ganz besonderer Weise.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, uns um das Verständnis der Weihnachtsbotschaft zu bemühen im Sinne der kirchlichen Lehre. Das ist die Aufgabe der Kirchen, in ihrer Sprache und in der Vorstellung ihrer Lehrer das Geheimnis der Heiligen Nacht den Menschen nahe zu bringen. Uns geht es, ganz unabhängig davon, ob wir uns der kirchlichen Lehre verbunden wissen oder nicht, um einige entscheidende Wahrheiten, die diese Festeszeit jedem Nachdenklichen und Aufnahmebereiten in Herz und Gewissen schreibt.

Niemand von uns kann an der Tatsache vorübergehen, daß mit Jesus von Nazareth die Macht der Liebe und des Friedens in diese Welt gekommen ist, die seit fast zweitausend Jahren darum ringt, die Herrschaft

über die Menschen auf dieser Erde zu gewinnen. Die Welt wäre kälter und liebloser, wenn der Geburtstag Jesu Christi nicht auf ihr verzeichnet wäre. Die Weihnachtsgeschichte der Bibel erzählt uns in sehr anschaulicher Weise, wie Jesus als Armer unter Armen geboren wird, und die Berichte des Neuen Testaments geben sehr eindrucksvoll davon Kunde, wie es gerade die mühseligen und beladenen Menschen, die von der Gesellschaft Verachteten und Verstoßenen waren, denen Jesus, als er über diese Erde ging, seine Liebe zuwandte. Der Mensch mit seinen Nöten und Leiden des Leibes und der Seele wird in der christlichen Botschaft groß geschrieben, die ganze biblische Botschaft ist ein einziges Zeugnis von der Liebe, die Gott zu den Menschen hat. Diese Liebe ist im Wirken Jesu von Nazareth sichtbar und deutlich geworden, denn alles in seinem Reden und Handeln war von seiner Güte und Hilfsbereitschaft für die Menschen bestimmt.

Wer nach der Bedeutung der christlichen Botschaft für das wirkliche Leben fragt und wer vom Weihnachtsfest mehr will als frommen Zauber und verträumte Romantik, dem wird bald bewußt werden, daß das tiefste Anliegen des Sozialismus in einer echten Beziehung zu dem Fest der Liebe und des Friedens steht. Man kann aus einer Gesinnung Politik treiben und die wirtschaftlichen und staatlichen Ordnungen gestalten, die in Letzten die Menschen verachtet. Es sind viele Politiker mit großen Namen, die in Wirklichkeit lieblose Menschenverächter waren und die Menschen zu ihren Zwecken gebracht, verbraucht und oft genug auch mißbraucht haben. Dieser politischen Auffassung stellt der Sozialismus eine Politik gegenüber, die von dem Gedanken der Liebe zu den Menschen durchdrungen ist, eine Politik, die helfen will und deren vornehmste Aufgabe es ist, soziale Gerechtigkeit für alle Menschen herzustellen. Wer auch nur einen Hauch vom wirklichen Wesen der christlichen Botschaft verspürt hat, der weiß, daß der Geist der Liebe, der Hilfe und der Gerechtigkeit auch die christliche Botschaft erfüllt und durchdringt. Darum ist es nicht verwunderlich, sondern selbstverständlich, wenn wir immer wieder auf die tiefe Verwandtschaft zwischen Christentum und Sozialismus hinweisen.

Diese Liebesbotschaft der Weihnacht schließt auch die Botschaft vom Frieden auf der Erde ein. Wer freilich das Weihnachtsfest mit frommem Zauber verharmlost, der wird den Gesang der Engel in der Heiligen Nacht vom Frieden auf der Erde nur allzu gern überhören. Der Friede, von dem hier die Rede ist, ist nicht nur der Friede des Herzens, sondern ein Friede, der auch politisch gemeint ist, weil er die Menschen von dem furchtbaren Fluch des Krieges und grausamen sinnlosen Blutvergießens befreien will. Der Blick auf die Wirklichkeit allerdings zeigt uns, wie wenig die Botschaft vom Frieden auf der Erde bisher zum Besitz der Menschheit geworden ist. Nach zwei grauenvollen Weltkriegen, erleben wir wieder eine Politik, die Aufrüstung und Militarisierung als lebensnotwendig ausgibt und unter Umständen auch dazu bereit ist, in der militärischen Auseinandersetzung einen gangbaren Weg zu sehen, schwere Konflikte in der Völkerwelt zu lösen. Unsere Welt ist im Lotzen so unweihnachtlich geblieben, als wäre nie die Botschaft vom Frieden auf der Erde in einer Heiligen Nacht aus Engelsmund verkündet worden.

Wenn wir das Fest der Liebe und des Friedens feiern, geht jedes Mal ein Jahr zur Neige. Das Jahresende läßt die Besinnlichkeit und das Nachdenken in uns noch weiter wirken, auch über die Weihnachtsfeiertage hinaus. Wir alle sollten auch an diesem Jahresende zur inneren Einkehr und Rechenschaft bereit sein. Wie viele Enttäuschungen auch das scheidende Jahr 1953 für uns persönlich und im Blick auf die politische Entwicklung gebracht haben mag, wir sollen uns vom Fest der Liebe und des Friedens an der Jahreswende zu den Aufgaben führen lassen, die das neue Jahr uns stellt. Der Kampf um die Lösung der sozialen Frage im Sinne der Gerechtigkeit und der Hilfe für die nach Millionen zählenden sozial Schwachen muß aus dem Geist verantwortlicher Liebe für alle ebenso weitergeführt werden, wie die Politik zum Siege kommen muß, die aus dem Geist der Verständigung und des Friedens das entscheidende Ziel in der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Aufbau einer europäischen Völkergemeinschaft sieht, die in Gleichheit und Achtung die Völker vereint.

Es wird bei der Gestaltung der innen- und außenpolitischen Lage im kommenden Jahre sehr viel darauf ankommen, ob wir das Fest der Liebe und des Friedens nur um einer frommen Sitte willen gefeiert haben oder ob wir von der christlichen Botschaft wirklich bewegt werden und aus dieser Bewegung die Politik der Liebe treiben, die Frieden und Gerechtigkeit bringen will, die Politik, von der wir wissen, daß sie nur aus diesem Geist eine echte Hilfe bringen kann.